

Gemeinsame Sitzung der CDU Württemberg-Hohenzollern und der CSU Schwaben Freitag, 13. Juli 2012, Ulm-Seligweiler

Zukunft des ländlichen Raums sichern

- 5 Thesen der CSU Schwaben und der CDU Württemberg-Hohenzollern

Kennzeichnend für Baden-Württemberg und Bayern sind ihre dezentrale Siedlungs- und Wirtschaftsstruktur, Bildungs-, Hochschul- und Forschungsinfrastruktur. Diese dezentralen Strukturen sind ein Teil der Gründe für den Erfolg und die Stabilität der Südländer Bayern und Baden-Württemberg. Dies gilt in noch größerem Maße für die Regierungsbezirke Schwaben und Tübingen. Ein Großteil des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens spielt sich in diesen ländlichen Räumen ab. Immerhin rund 70% der Fläche Baden-Württembergs und 85% der Fläche Bayerns sind ländliche Räume. Hier leben 35% (Baden-Württemberg) bzw. 60% (Bayern) der Bevölkerung, die Regierungsbezirke Schwaben und Tübingen weisen noch höhere Prozentzahlen aus.

These 1 - Versorgungssicherheit gewährleisten - Demographischen Wandel berücksichtigen

Studien zeigen - auch im Süden der Republik wird es aufgrund des demographischen Wandels in den nächsten Jahrzehnten zu gravierenden Veränderungen kommen.

Es ist daher ein wichtiges wirtschaftspolitisches und regionalpolitisches Ziel, nicht nur in den Ballungsräumen, sondern auch im Ländlichen Raum leistungsfähige Infrastrukturen, insbesondere beim Straßen- und Schienennetz, beim ÖPNV und im Bereich der Breitbandversorgung, im Bildungs-, Ausbildungsbereich und in allen sozialen Bereichen vorzuhalten. In Baden-Württemberg hat die neue Landesregierung die bisherige Politik der "Gleichberechtigung" von Straße und Schiene aus ideologischen Gründen leider verlassen. Dies schwächt den Ländlichen Raum und wird deshalb von uns strikt abgelehnt.

Zur Vorhaltung der o.g. Infrastrukturen kommt der Interkommunalen Zusammenarbeit eine wichtige Bedeutung zu. Durch erfolgreiche Kooperation können bestehende Dienstleistungen effizienter gesteuert und neue Vorhaben, die eine Kommune alleine nicht verwirklichen kann, realisiert werden.

Eine große Herausforderung stellt die Sicherstellung der medizinischen Versorgung zukünftig dar. Zwar verfügen Bayern und Baden-Württemberg derzeit noch über ein qualifiziertes und flächendeckendes Netz von niedergelassenen Ärzten, Krankenhäusern und Rettungsdiensten. Vereinzelt kommt es jedoch bereits jetzt vor allem in ländlich geprägten Gebieten zu Versorgungsengpässen. Die Bundesregierung hat richtigerweise mit der Einführung des sogenannten Versorgungsstrukturgesetzes reagiert. Wir begrüßen die Abschaffung der Residenzpflicht und die Schaffung einer dezentraleren und damit flexibleren Bedarfsplanung. Wenn nötig, sollten zukünftige noch weitere Anreize geschaffen werden und in der Perspektive ist auch an ordnungspolitische Vorgaben zu denken.

These 2 - Erfolg oder Misserfolg der Energiewende hängt vom Ländlichen Raum ab

Der Energiegewinnung im Ländlichen Raum kommt mit den Potentialen Wasser, Biomasse, Wind und Solar eine große Bedeutung zu. Der Erfolg der Energiewende wird in Bayern und Baden-Württemberg wesentlich mit davon abhängen, wie hoch die Akzeptanz zur Hebung der einzelnen Potentiale in der ländlichen Bevölkerung ist und wie es gelingt, die hauptsächlich dezentral erzeugten Energien sinnvoll und kosteneffizient in das Gesamtsystem der Energieversorgung einzubringen. Die Energiewende bietet aus unserer Sicht gerade dem Ländlichen Raum enorme Entwicklungspotentiale.

These 3 - Naturschutz und Tourismus im Ländlichen Raum als Chance begreifen

Mit seinen vielfältigen Naturräumen und Kulturlandschaften zählt der Süden Deutschlands zu den wichtigsten Urlaubsdestinationen Europas. Der Tourismus ist vor allem im Ländlichen Raum ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Ziel muss es sein, den ländlichen Tourismus weiter zu stärken und das Marketing für Tourismus und regionale landwirtschaftliche Produkte sowie für die Gastronomie noch stärker zu vernetzen. Marktanreiz unterstützende Projekte sind der richtige Ansatz und sollten stärker forciert werden.

These 4 - Agrarpolitik muss weiterhin zu den Strukturen Bayerns und Baden-Württembergs passen

Die Landwirtschaft ist eine tragende Säule intakter ländlicher Räume. Sie produziert qualitativ hochwertige Nahrungsmittel und trägt so zur Versorgung der Bevölkerung bei. Sie erhält die Kulturlandschaft und leistet einen Beitrag zur Biodiversität, zum Gewässermanagement und trägt zur Abmilderung des Klimawandels bei. Für diese Gemeinwohlleistungen müssen auch in Zukunft entsprechende Direkt- und Ausgleichszahlungen für die Landwirte bereitgestellt werden. Die geplanten Greening-Maßnahmen bei der EU-Agrarreform sind mit Augenmaß anzubieten. Agrarumweltmaßnahmen sind auf die Greeningverpflichtungen im Rahmen der Direktzahlungen anzurechnen. Ebenso der Anbau von Eiweißpflanzen oder für die Energiegewinnung nutzbare Blühpflanzen.

In Baden-Württemberg setzen wir uns für ein Nebeneinander auf gleicher Augenhöhe von konventionellen und ökologischen Agrarbetrieben ein. Konventionell nach guter Fachpraxis wirtschaftende Betriebe dürfen in der Neuausrichtung der gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik keine Benachteiligung gegenüber Biobetrieben erfahren.

These 5 - Wahlfreiheit für Familien stärkt den Ländlichen Raum

Jedes Kind ist anders und auf die Frage nach der optimalen Betreuungsform gibt es daher mehr als nur die eine richtige Antwort. Wir trauen Eltern zu, eigenverantwortlich und verantwortungsbewusst die für ihr Kind beste Betreuung zu wählen. Besonders im Ländlichen Raum ist der Wunsch der Eltern nach Vielfalt bezüglich der Betreuung groß.

Eltern, die ihre Kleinkinder in Kindertageseinrichtungen betreuen lassen, sind keine Rabeneltern und Paare, bei denen sich ein Elternteil oder die Großeltern persönlich um die Betreuung der Kinder kümmert, sind nicht rückständig und ewiggestrig. Dem massiven Ausbau der Betreuungsplätze, muss nun das Betreuungsgeld folgen. Gemeinsam stehen beide Maßnahmen für eine zeitgemäße und zukunftsorientierte Familienpolitik. Nicht nur in der CSU, selbstverständlich auch in der CDU stößt die Einführung eines Betreuungsgelds auf große Zustimmung.